

DOI: 10.5771/0342-300X-2020-6-485

Soziale Ungleichheit und Einkommenseinbußen in der Corona-Krise – Befunde einer Erwerbstätigenbefragung

Die Corona-Pandemie und insbesondere die damit verbundenen behördlichen Einschränkungen, die zu einem partiellen wirtschaftlichen *Lockdown* geführt haben, hatten erhebliche Rückwirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt. Diese reichten von Kurzarbeit bis hin zu Arbeitsplatzverlusten. Der Beitrag geht basierend auf Daten einer Erwerbstätigenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung der Frage nach, welche Beschäftigtengruppen Einkommensverluste hinnehmen mussten, zeigt die damit eng verbundenen Ängste und Sorgen der Betroffenen auf und fragt danach, ob sich die soziale Ungleichheit in Deutschland durch die Corona-Krise weiter verschärft hat.

ANDREAS HÖVERMANN, BETTINA KOHLRAUSCH

1 Einleitung

Die Corona-Krise hat den deutschen Arbeitsmarkt mit Wucht getroffen und Deutschlands Wirtschaft in die Rezession geführt. Nach einem vorläufigen, eher leichten Schrumpfen um 2 % im ersten Quartal 2020 fiel das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal 2020 um über 10 %. Bislang beispiellose 7,3 Mio. Menschen befanden sich im Mai in Kurzarbeit – das sind fünfmal mehr als in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 (Statistisches Bundesamt 2020; Ifo Institut 2020). Auch die Zahl der Hartz-IV-Empfänger*innen ist während der Corona-Krise angestiegen. Im Juni 2020 lag sie bei 4,076 Mio. und damit um 152.000 Personen höher als ein Jahr zuvor.

Hat die Pandemie nun auch die soziale Ungleichheit unter Erwerbstätigen verschärft? Viele empirische Befunde sprechen dafür: Eine Reihe bereits vorliegender Untersuchungen zeigt, dass die Krise verschiedene Gruppen unterschiedlich stark getroffen hat (z. B. Möhring et al. 2020; Hövermann 2020). Und auch wenn die Kurzarbeit mehr Personen und Branchen trifft, als dies bei der letzten Finanzkrise der Fall war, sind die jeweiligen Auswirkungen doch unterschiedlich. So treffen die finanziellen Einschränkungen durch Kurzarbeitergeld Personen mit geringem Einkommen deutlich härter als Erwerbstätige in den höheren Einkommensgruppen (Hans-Böck-

ler-Stiftung 2020). Auch sind geschlechtsspezifisch unterschiedliche Betroffenheiten zu konstatieren: Es waren vor allem Frauen, die den größten Teil der durch Schul- und Kitaschließungen anfallenden Kinderbetreuung übernommen haben und dafür auch häufiger ihre Arbeitszeit reduzieren mussten (vgl. z. B. ebd.). Ungleich verteilt sind auch die Chancen, im Homeoffice zu arbeiten und sich somit besser vor einem Ansteckungsrisiko im Arbeitsalltag schützen zu können. Diese Möglichkeit bleibt, trotz ihrer Ausweitung während der Pandemie, eher solchen akademischen Berufen und qualifizierten Angestellten-tätigkeiten vorbehalten, deren Tätigkeiten nicht unmittelbar personenbezogen sind. Vielfach wurde bereits auf eine weitere Diskrepanz hingewiesen: dass Menschen in sogenannten systemrelevanten Berufen, wie der Pflege oder im Einzelhandel, zwar in der Krise einen besonders wichtigen und häufig auch riskanten Job ausüben, aber gleichzeitig sehr schlecht für diesen Einsatz entlohnt werden (z. B. Klammer et al. 2018).

Die durch die Krise entstandenen Belastungen sind folglich ebenso vielfältig wie die hiervon betroffenen Personengruppen. Um die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Entwicklung der sozialen Ungleichheit zu untersuchen, konzentrieren wir uns in diesem Beitrag auf krisenbedingte negative Auswirkungen auf das individuelle Einkommen. Dies ist angesichts der vielfältigen und unterschiedlichen Krisenauswirkungen einerseits eine Engführung; andererseits ist das Einkommen aus Erwerbs-

arbeit eine zentrale Dimension sozialer Ungleichheit. Es ist davon auszugehen, dass sich viele der vorab skizzierten Betroffenheitslagen auch auf das Einkommen auswirken. Negative Einkommenseffekte können sich unmittelbar, also bereits am Anfang der Krise bzw. im Zuge der behördlichen Einschränkungen (u. a. wegen weitgehender Schließungen im Einzelhandel und in der Gastronomie) gezeigt haben oder erst im Verlauf der Krise, da sich bestimmte Ungleichheitsmuster erst mit der Zeit verfestigen. In unserer Analyse nehmen wir deswegen auch eine zeitliche Perspektive ein, indem wir untersuchen, welche Personengruppen zu welchen Zeitpunkten von Einkommensverlusten betroffen sind.

Wir werden dazu im Folgenden zunächst theoretisch die Rolle von Einkommensunterschieden für soziale Ungleichheit skizzieren (Abschnitt 2), bevor wir unsere Datengrundlage vorstellen (3). In einem ersten Analyseschritt zeigen wir, wie weit Einkommenseinbußen zu verschiedenen Zeitpunkten unter Erwerbstätigen verbreitet sind (4). Sodann untersuchen wir mittels logistischer Regressionen, welche Faktoren vor allem für negative Einkommensentwicklungen empirisch verantwortlich sind (5). Abschließend betrachten wir, mit welchen Ängsten, Sorgen, aber auch Mythen Einkommenseinbußen während der Corona-Krise einhergehen (6).

2 Theoretische Rahmung

In Erwerbsgesellschaften sind Einkommensunterschiede eine zentrale Dimension sozialer Ungleichheit. Solga et al. (2009, S.15) definieren soziale Ungleichheit als einen Zustand, in dem „Menschen [...] einen ungleichen Zugang zu sozialen Positionen haben und diese sozialen Positionen systematisch mit vorteilhaften oder nachteiligen Handlungs- und Lebensbedingungen verbunden sind.“ Handlungs- und Lebensbedingungen sind durch die Ressourcen definiert, die mit der jeweiligen sozialen Position verknüpft sind. Der Zugang zu sozialen Positionen ist dabei durch sozialstrukturelle Merkmale, wie Geschlecht oder Migrationshintergrund oder auch Schichtzugehörigkeit, bestimmt. Welche dieser Merkmale besonders relevant für die Ausstattung mit bestimmten Handlungsspielräumen sind, hängt dabei auch von den gesellschaftlichen Gelegenheitsstrukturen ab, die in Arbeitsgesellschaften (Müller/Noll 1996, S.6) insbesondere durch das Erwerbssystem definiert sind. Daher ist das Erwerbssystem für die Strukturierung sozialer Ungleichheit von großer Bedeutung (Solga et al. 2009). Insbesondere das Einkommen ist eine Ressource, die die Handlungs- und Lebensbedingungen von Menschen sehr wesentlich definiert. Es ermöglicht – oder limitiert – die Gestaltung des eigenen Lebensraums (z. B. Wohnen) wie auch die soziale Teilhabe

(z. B. Freizeitgestaltung). Das Einkommen bestimmt weiterhin sowohl die subjektive Wahrnehmung der eigenen Position innerhalb der Gesellschaft wie auch den sozialen Status aus der Perspektive Dritter. Und schließlich wissen wir, dass prekäre Einkommenssituationen mit Gefühlen wie Abstiegsängsten oder Kontrollverlust in Verbindung stehen (Kohlrausch 2018). Gehaltsverluste bzw. Einkommenseinbußen während und durch die Corona-Krise könnten daher auch Einfluss darauf haben, wie die betroffenen Personen die Krise subjektiv wahrnehmen und verarbeiten.

Generell resultieren Einkommensunterschiede aus Unterschieden in der Berufsposition und damit in der Regel auch aus der Qualifikation (siehe dazu auch Lübker/Zucco in diesem Heft). Andererseits fließen aber auch mittelbare und unmittelbare Diskriminierungsmechanismen in die Lohnfindung ein. Hiervon sind vielfach Frauen oder Personen mit Migrationshintergrund betroffen. Gleichzeitig schützen die dem Erwerbssystem angelagerten sozialstaatlichen Sicherungssysteme und tarifpartnerschaftlichen Interessenvertretungen vor Arbeitsmarktrisiken. Doch auch zu diesen Schutzsystemen haben Personen unterschiedlichen Zugang, beispielsweise abhängig davon, ob ein Arbeitsverhältnis sozialversicherungspflichtig abgesichert ist oder den Regelungen eines Tarifvertrages unterliegt.

Die Corona-Krise könnte – so unsere Ausgangsüberlegung – auf diese komplexen Zusammenhänge der Ressourcenverteilung auf dem Arbeitsmarkt auf verschiedene Weise einwirken. Sie könnte bestehende Ungleichheiten verschärfen oder gar neue Ungleichheitsmuster schaffen. Daher orientiert sich unsere Analyse vor allem an drei Fragen:

- 1 Wen treffen die Auswirkungen der Krise? Spielen hier dieselben Faktoren eine Rolle, die auch vor der Krise Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt strukturiert haben, oder zeigen sich neue Muster?
- 2 Welche Rahmenbedingungen schützen vor krisenbedingten Arbeitsmarktrisiken?
- 3 Welchen Einfluss haben Einkommensverluste auf die individuellen Muster der Krisenbewältigung?

3 Datensatz

Grundlage der vorliegenden Analysen sind die erste und zweite Welle einer im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung von KANTAR durchgeführten Panelbefragung der Erwerbstätigen in Deutschland (vgl. Hans-Böckler-Stiftung 2020). Die Interviews wurden als Computergestützte Online-Interviews (CAWI) mit Erwerbspersonen ab 16 Jahren durchgeführt. An der ersten Welle nahmen im Zeitraum vom 03. bis 14. April 2020 – also in einer noch relativ frühen Phase der Pandemie mitten im weitreichenden

Lockdown – 7677 Befragte teil. Rund zehn Wochen später, zwischen dem 18. und 29. Juni 2020, wurden dieselben Befragten erneut kontaktiert, um eine zweite Befragungswelle durchzuführen. Rund 82 % der Befragten der ersten Welle – konkret 6309 Befragte – erklärten sich bereit, auch an der zweiten Welle teilzunehmen. Letztere fiel in eine Zeit, die durch eine langanhaltende Phase rückläufiger Infektionszahlen und schrittweiser Öffnungen des öffentlichen Lebens geprägt war.

Die Ausgangsstichprobe basiert auf einer Quotenstichprobe im Rahmen eines Online-Access-Panels. Dabei wurde die strukturelle Zusammensetzung der Befragten anhand festgelegter Quoten nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bundesland und Bildung abgebildet und zusätzlich mit Gewichten nachträglich korrigiert. Auch für die zweite Welle wurden Gewichte berechnet, sodass die Erwerbsbevölkerung Deutschlands weiterhin nach den genannten Merkmalen abgebildet wird. Die Quotenvorgaben basieren auf Sollzahlen aus der amtlichen Statistik. Das bedeutet, dass die Stichprobe der ersten und der zweiten Welle die Erwerbsbevölkerung entsprechend diesen Merkmalen adäquat abbildet.

Gleichwohl handelt es sich bei dem Access-Panel nicht im strengsten Wortsinne um eine Zufallsstichprobe, welche nach wie vor als „Goldstandard“ für die Erhebung repräsentativer Stichproben gilt. Zur Auswahlgesamtheit gehören nur diejenigen Befragten, die eine Payback-Karte besitzen und damit Mitglieder des im Einzelhandel verbreiteten Payback-Kunden-Programms sind. Mittlerweile ist jedoch in mehr als jedem zweiten deutschen Haushalt eine Payback-Karte vorhanden, sodass die Auswahlgesamtheit ebenso groß wie divers ist. Aus dieser Grundgesamtheit wurden die Befragten aktiv schriftlich-postalisch rekrutiert.

Das hier gewählte Rekrutierungsverfahren hat den Vorteil, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen aufgrund der Quotierung anteilmäßig besser abgebildet und erreicht werden können. Zudem sind Online-Befragungen deutlich besser als langwierige und komplexe Telefonstichproben geeignet, dynamische Situationen wie die Corona-Pandemie kurzfristig zu erheben. Auch erzielen Online-Stichproben eine hohe Teilnehmerzahl, was eine detaillierte Auswertung und Analyse bestimmter Teilgruppen ermöglicht.

4 Verbreitung der Einkommenseinbußen

In den Fragebögen wurde zu beiden Zeitpunkten mit den exakt gleich formulierten Fragestellungen der Einfluss der Corona-Pandemie auf das persönliche Einkommen der Befragten ermittelt.¹ Konkret wurden die in *Tabelle*

le 1 aufgeführten Antwortausprägungen angeboten. Betrachtet man nur die Befragten, die zu beiden Erhebungszeitpunkten teilnahmen ($n = 6309$), so berichten in der ersten Befragungswelle (w_1) 18,5 % der Befragten und in der zweiten (w_2) 26 % der Befragten von Einkommenseinbußen aufgrund der Corona-Epidemie. Umgekehrt erwartet rund die Hälfte der Befragten zu beiden Zeitpunkten ($w_1 = 48,2$ %; $w_2 = 53$ %) keine negativen Auswirkungen durch die Corona-Epidemie auf ihr persönliches Einkommen. Die Befragten konnten zudem eine weitere Antwortausprägung auswählen, die zum Ausdruck bringt, dass zwar bisher noch keine Einkommenseinbußen eingetreten sind, diese aber künftig erwartet werden. Zum ersten Erhebungszeitpunkt im April stimmten hier rund 30 % zu, bei der Folgebefragung im Juni dann nur noch 18 %. Dieser Rückgang lässt sich einerseits dadurch erklären, dass bei einigen der Befragten, die im April berichteten, Einbußen zu erwarten, diese dann bis zur zweiten Erhebungswelle im Juni auch eingetreten waren. Zum anderen scheint durch den glimpflichen Verlauf der Pandemie (in Deutschland) zwischen der ersten und zweiten Befragungswelle bei einigen weniger Pessimismus mit Blick auf die künftige Entwicklung ihres Gehalts zu walten. Dies zeigt sich auch darin, dass der Anteil der Befragten, die Einbußen entweder schon hingenommen haben oder diese in der Zukunft erwarten, von 48,7 % im April auf 44,3 % im Juni leicht zurückgeht (Spalten 2 und 3 der ersten beiden Zeilen in *Tabelle 1*). Dennoch ist hier auch unabhängig von der dargestellten leicht positiven Entwicklung hervorzuheben, wie mannigfach bereits eingetretene oder erwartete Einkommenseinbußen unter den Erwerbstätigen verbreitet sind.

Da wir im Folgenden vor allem daran interessiert sind, einerseits zu analysieren, *wie weit* Einkommenseinbußen zu verzeichnen sind und andererseits *bei wem*, fassen wir diejenigen Befragten, die entweder in der ersten oder zweiten Welle angaben, Einbußen beim persönlichen Einkommen hingenommen zu haben, zusammen. Rund 32 % gaben dies an – sie haben also im April und/oder im Juni berichtet, dass sie persönliche Einkommenseinbußen durch Corona hinnehmen mussten.² Außerdem

1 Diese Frage wurde mit denselben Antwortausprägungen auch für das Haushaltseinkommen gestellt. Im Folgenden wird jedoch ausschließlich auf das persönliche Einkommen fokussiert, um die konkrete Situation des/der Befragten, für die auch die weiteren Indikatoren vorliegen, zu erfassen.

2 Die Aussagen einiger Befragten sind hier nicht immer eindeutig, folgerichtig und konsistent, da es auch Befragte gab, die beispielsweise im April Einbußen angaben, hiervon aber im Juni nicht mehr berichteten. Wir berücksichtigen diese Befragten dennoch in den weiteren Analysen, da wir auch nicht ausschließen können, dass Befragte, die ihre Einkommenseinbußen bereits im April berichtet haben, diese nicht erneut in der zweiten Befragungswelle im Juni benennen.

TABELLE 1

Einkommenseinbußen in der Corona-Krise, gewichtete WerteAngaben in Prozent^A

	Welle 1 alle Befragten, N = 7677, Welle 1-Gewicht	Welle 1 nur die Befragten, die auch in 2. Welle teilnahmen, N = 6309, Welle 2-Gewicht	Welle 2 nur die, die an beiden Wellen teilnahmen, N = 6309, Welle 2-Gewicht
„Die Corona-Epidemie hat sich bereits negativ auf mein persönliches Einkommen ausgewirkt“	19,4	18,5	26,0
„Die Corona-Epidemie hat sich bisher noch nicht negativ auf mein persönliches Einkommen ausgewirkt, ich erwarte dies jedoch für die Zukunft“	30,1	30,2	18,3
„Ich glaube nicht, dass sich die Corona-Epidemie negativ auf mein persönliches Einkommen auswirken wird“	47,2	48,2	53,0

A Die fehlenden Werte zu 100% gehen auf die hier nicht ausgewiesene Antwortkategorie „weiß nicht“ zurück

WSI Mitteilungen

Quelle: Eigene Berechnung

wollen wir konkreter auch die zeitliche Entwicklung erfolgter Einkommenseinbußen in den Blick nehmen und betrachten, wie viele Befragte erstmalig zum zweiten Erhebungszeitpunkt von Einkommenseinbußen berichten. Hier zeigt sich, dass 769 Befragte (12,7 %) erst im späteren Verlauf der Pandemie von Einkommensverlusten betroffen waren. Ein Großteil von ihnen (75 %) antizipierte diese allerdings bereits im April.

TABELLE 2

Zeitpunkte der berichteten Einkommenseinbußen, Welle 2-Gewichtung

Angaben in Prozent

Anteil der Befragten, die in Welle 1 oder Welle 2 angaben, bereits Einbußen beim persönlichen Einkommen hingenommen zu haben	31,8
Anteil der Befragten, die erstmalig in der 2. Welle angaben, Einbußen beim persönlichen Einkommen hingenommen zu haben	12,7

WSI Mitteilungen

Quelle: Eigene Berechnung

5 Wer musste Einkommenseinbußen hinnehmen?

In den in *Tabelle 3* ausgewiesenen Modellen schätzen wir in mehreren Schritten den Einfluss verschiedener relevanter Faktoren auf Einkommenseinbußen. D.h. wir versuchen herauszufinden, welche Rahmenbedingungen mit dafür verantwortlich sind, ob Einkommensverluste erfolgten. Wir unterscheiden dabei zwischen Befragten mit Einbußen generell (erster Wert in *Tabelle 3*) und Befragten, die Einbußen erst später im Verlauf der Pandemie be-

richteten (zweiter Wert in *Tabelle 3*). Schrittweise führen wir verschiedene Sets an Variablen in die Modelle ein, um die jeweilige Veränderung der Effekte nachzeichnen zu können. Teilweise wurden (wie im Falle der Bundesländer oder der Branchen) auch weitere – nicht in den Tabellen aufgeführte – Variablen gesondert getestet. Im Sinne der Übersichtlichkeit werden in den Tabellen jedoch nur die statistisch relevantesten ausgewiesen.

In einem ersten Schritt (Modell 1) berücksichtigen wir demografische Erklärungsvariablen und sehen, dass Befragte mit Migrationshintergrund und Befragte mit Kindern häufiger Einbußen des Gehalts zu verzeichnen haben. Dieser Effekt bleibt signifikant, auch wenn in den folgenden Modellen für weitere Faktoren kontrolliert wird. Das bedeutet, dass Personen mit Kindern im Haushalt sowie Personen mit Migrationshintergrund unabhängig von der Berufsposition, ihrer Qualifikation oder weiteren sozialstrukturellen Merkmalen besonders häufig von Gehaltseinbußen betroffen sind. Dies zeigt sich zudem durchgehend für die verschiedenen berücksichtigten Zeitpunkte, also sowohl zu Beginn der Pandemie als auch zu einem späteren Zeitpunkt.

Ebenso berichten Männer – auch unter Kontrolle von weiteren Faktoren – durchgehend häufiger von Einbußen des persönlichen Einkommens. Hier zeigt sich im Vergleich der Werte, dass die Einbußen für Männer insbesondere zu Beginn der Pandemie auftraten, da zum späteren Zeitpunkt kein signifikanter Effekt des Geschlechts mehr ersichtlich ist. Die geschlechtsspezifischen Differenzen sind auch nicht darauf zurückzuführen, dass Männer bspw. häufiger selbstständig oder häufiger von Kurzarbeit betroffen sind, da die Effekte auch noch fortbestehen, wenn diese Variablen in späteren Modellen miteinbezogen werden. Diese Befunde verweisen darauf, dass die häufigere und sowohl durch Kurzarbeit als auch durch zusätzliche Kinderbetreuung bedingte Arbeitszeitreduktion von

Frauen zunächst seltener mit Lohnseinbußen einhergegangen ist als bei Männern. Das liegt vermutlich auch daran, dass Frauen in Kurzarbeit häufiger als Männer (22,7 versus 13,8%) angaben, eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes zwischen 90 und 100% zu erhalten. Es bedarf jedoch weiterer Forschung, um zu erklären, warum dieser Unterschied im Zeitverlauf nicht mehr signifikant ist.

Effekte des Alters der Erwerbstätigen zeigen sich nur marginal. Wenn überhaupt, sind es eher ältere Befragte, die etwas häufiger Einbußen hinnehmen mussten; und zwar eher zu einem späteren Zeitpunkt.

Die zusätzliche Berücksichtigung von Variablen, die lokale Faktoren erfassen (in Modell 2) offenbart keine allzu starken Effekte. Die Größe des jeweiligen Orts, in dem die Befragten leben, hat lediglich einen sehr geringen Effekt dahingehend, dass Befragte in kleineren Orten häufiger Einbußen hinnehmen mussten, und dies v. a. zu einem späteren Zeitpunkt. Ein Vergleich der Bundesländer zeigt lediglich für zwei Bundesländer ins Auge fallende Werte: Befragte in Baden-Württemberg hatten auffällig häufig Einbußen; v. a. zu Beginn der Pandemie, und Befragte in Brandenburg nur sehr selten. Eine generelle Differenz zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern lässt sich aber nicht aufzeigen.

Die Hinzunahme sozialstruktureller Merkmale (in Modell 3) zeigt, dass Befragte mit geringem individuellen Einkommen aufgrund der Krise häufiger mit negativen Veränderungen ihres Einkommens zu rechnen hatten.³ Dieser Effekt verringert sich – besteht jedoch weiterhin –, wenn in den Modellen 4 und 5 für die Branche und Beschäftigungsbedingungen kontrolliert wird. Das zeigt, dass die beschriebenen häufigeren Gehaltsverluste von Personen mit einem geringeren Gehalt zumindest zum Teil auf die Branche und die jeweiligen Beschäftigungsbedingungen zurückzuführen sind – aber eben nicht nur. Der Schulabschluss, der Bildungsabschluss oder ein etwaig vorhandener Hochschulabschluss zeigen zusätzlich zum Einkommen keine nennenswerten Effekte in unseren Modellen.

Befragte, die angaben, arbeitslos zu sein, berichteten deutlich häufiger von Einkommenseinbußen. Da Befragte, die bereits vor Corona arbeitslos waren, keine Einbußen ihres Arbeitslosengelds hinnehmen mussten, ist dieser Effekt vor allem auf diejenigen Befragten zurückzuführen, die während der und durch die Corona-Krise arbeitslos wurden. Dieser Effekt ist jedoch deutlich geringer als der der Kurzarbeit, der später in die Modelle eingeführt wird. Corona-bedingte Arbeitslosigkeit ist somit nicht der entscheidende Faktor für Gehaltseinbußen.

In Modell 4 betrachten wir explizit die Arbeiter*innen und Angestellten und nehmen verschiedene Beschäftigungsbedingungen mit in das Modell auf. Hier fällt vor allem der sehr starke Effekt der Kurzarbeit ins Auge, der, wenig überraschend, besagt, dass Befragte in Kurzarbeit besonders häufig Einkommenseinbußen hinnehmen mussten. Besonders interessant ist aber, dass die zuvor be-

richteten weiteren Effekte, wie z. B. der Migrationshintergrund, das niedrige Einkommen oder das Vorhandensein von Kindern im Haushalt, weiterhin Bestand haben, also unabhängig davon auftreten, ob Befragte in Kurzarbeit sind oder nicht. Das bedeutet, dass die Gehaltseinbußen dieser Gruppen nicht darauf zurückzuführen sind, dass sie häufiger in Kurzarbeit arbeiten mussten. Zudem zeigen sich folgende prekäre Beschäftigungsverhältnisse als besonders häufig mit Gehaltseinbußen verknüpft: geringfügig oder befristet Beschäftigte sowie Beschäftigte bei Leih- oder Zeitarbeitsfirmen, während Beschäftigte in mitbestimmten Betrieben mit Tarifvertrag seltener Einkommensverluste hinnehmen mussten. Über die Indikatoren der Mitbestimmung hinaus zeigt die Größe des Betriebs in unseren Modellen keine zusätzlichen Effekte.

Im nächsten Schritt fügen wir in Modell 5 die Tätigkeit den Modellen hinzu. Hier wird ersichtlich, dass insbesondere Freiberufler*innen und Selbstständige Gehaltseinbußen hinnehmen mussten. Dieser Effekt bleibt im Übrigen in ähnlichem Ausmaß bestehen, wenn auch für Kurzarbeit kontrolliert wird. Die Analysen des späteren Zeitpunkts zeigen hier jedoch keinen signifikanten Effekt mehr, sodass Freiberufler*innen und Selbstständige vor allem zu Beginn der Pandemie Einbußen hatten. Ebenfalls stärker geben Arbeiter*innen Gehaltseinbußen an, während Beamt*innen äußerst selten von negativen Veränderungen ihres Einkommens berichten.

Schließlich analysieren wir in einem letzten Schritt die Einkommenseinbußen nach Branchen. Am stärksten betroffen zeigen sich Befragte im Gastgewerbe. Sie berichten auch in der zweiten Befragungswelle noch häufig von Einkommenseinbußen, wenn auch nicht mehr so ausgeprägt wie bei der ersten Befragung, sodass hier abzulesen ist, dass die Einbußen insbesondere direkt zu Beginn der Pandemie während des weitreichenden *Lockdowns* zustande kamen. Ebenfalls stärker betroffen als andere Branchen sind Befragte im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe. Hier zeigen sich die Einbußen eher verzögert, sie wurden überdurchschnittlich häufig zum späteren Zeitpunkt im Juni berichtet. Erwerbstätige in anderen Branchen (im Grundstücks- und Wohnungswesen, im Baugewerbe, in Energie-, Wasserversorgung und im Bergbau, im öffentlichen Dienst oder in den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen) nannten jedoch deutlich seltener negative Gehaltsveränderungen.

Die Betrachtung der erklärten Varianzanteile offenbart, dass insbesondere durch die Hinzunahme der Branchen (in Modell 6), der Beschäftigungsbedingungen (in Modell 4) und in schwächerem Maße der sozialstrukturellen Merkmale (in Modell 3) die Vorhersagekraft der Modelle ansteigt. Nicht zuletzt anhand der Größe der abge-

3 Die Befunde zeigen sich in ähnlichem Ausmaß, wenn das Haushaltseinkommen berücksichtigt wird.

TABELLE 3

Faktoren, die Einkommenseinbußen beeinflussen – Ergebnisse schrittweiser logistischer Regressionen

Abhängige Variablen:	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4		Modell 5		Modell 6	
	Einbußen generell	Einbußen erst im Juni	Einbußen generell	Einbußen erst im Juni	Einbußen generell	Einbußen erst im Juni	Einbußen generell	Einbußen erst im Juni	Einbußen generell	Einbußen erst im Juni	Einbußen generell	Einbußen erst im Juni
Alter	0,001*	0,001*	0,001*	0,001*	0,002**	0,001**	0,000	0,001*	0,001*	0,001**	0,000	0,001*
Geschlecht 1m, 2w	-0,024*	-0,008	-0,026*	-0,009	-0,056***	-0,012	-0,037**	-0,004	-0,045**	-0,010	-0,033*	0,001
mit Migrationshintergrund	0,077***	0,034*	0,072***	0,034*	0,079***	0,038**	0,066***	0,042**	0,072***	0,036*	0,058**	0,030*
mit Kindern/Jugendlichen im Haushalt	0,041**	0,022*	0,042**	0,018	0,069***	0,031**	0,061***	0,026*	0,061***	0,027*	0,068***	0,030**
Ortsgröße			-0,002	-0,005*		-0,005		-0,004		-0,006*		-0,004
Baden-Württemberg			0,033		0,040*		0,032*		0,039*		0,028	
Brandenburg			-0,074	-0,084*	-0,075	-0,078*	-0,036	-0,095*	-0,075	-0,104*	-0,071	-0,098*
Individualeinkommen					-0,029***	-0,004	-0,011***	0,001	-0,026***	-0,002	-0,018***	-0,002
Schulbildung					0,001	-0,003	-0,015	-0,008	0,003	0,003	-0,010	-0,004
Hochschulabschluss					-0,010	0,002	0,019	0,010	0,004	0,014	0,017	0,016
kein beruflicher Bildungsabschluss					0,054	0,028	0,025	0,029	0,045	0,025	0,032	0,019
Arbeitslos					0,150***	0,076**						
sozialversicherungspflichtig beschäftigt							-0,014	0,021				
unbefristet beschäftigt							-0,029*	0,024*				
bei Leih-/Zeitarbeitsfirma beschäftigt							0,112*	0,086*				
per Werkvertrag beschäftigt							0,048	0,031				
geringfügig beschäftigt							0,110***	0,005				
Betriebsgröße							-0,005	0,001				
ohne Tarifvertrag							0,034*	0,004				
ohne Betriebsrat							0,020	-0,016				
Kurzarbeit in w1 und / oder w2							0,413***	0,172***				
Arbeiter*in ^A									0,068***	0,046***	0,040*	0,024
Freiberufler*in / Selbstständige*r ^A									0,304***	-0,027	0,279***	-0,019
Beamte*r ^A									-0,341***	-0,161***	-0,152*	-0,086*
Öffentlicher Dienst / Bund, Länder und Kommunen											-0,191***	-0,070***
Energie, Wasserversorgung, Bergbau											-0,168***	
Produzierendes / Verarbeitendes Gewerbe											0,074***	0,072***
Baugewerbe											-0,175***	-0,089*
Gastgewerbe											0,345***	0,063***
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen											-0,191***	-0,072*
Grundstücks- und Wohnungswesen											0,124	
Gesundheits- und Sozialwesen												0,029
N	5953		5795		5119	5011	4157	4084	4935	4839	4935	4839
R ² Cox & Snell	0,005	0,003	0,007	0,004	0,040	0,010	0,276	0,074	0,068	0,017	0,147	0,038
R ² Nagelkerke	0,008	0,005	0,010	0,008	0,057	0,018	0,392	0,137	0,097	0,033	0,208	0,072

A Referenzkategorie: Angestellte

Dargestellt sind Average Marginal Effects: Werte > 0 positiver Effekt, < 0 negativer Effekt.

Erster Wert für Modelle mit abhängiger Variable: Einbußen generell; zweiter Wert für Modelle mit abhängiger Variable: Einbußen erst im Juni.

Signifikanzniveaus: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; † p < 0,1;

Datenquelle: Eigene Berechnung

WSI Mitteilungen

ABBILDUNG 1

Verbreitung Sorgen, Belastungen und Zustimmung zu Verschwörungsmythen zu W2, gewichtete Werte

Angaben in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen

WSI Mitteilungen

bildeten Effekte lassen sich somit vergleichend Aussagen über die Relevanz der jeweiligen Faktoren tätigen.

6 Einkommenseinbußen, Sorgen und Belastungen

Abschließend betrachten wir, inwieweit sich Befragte mit pandemiebedingten Einkommensverlusten von Befragten ohne Einbußen bezüglich ihrer Sorgen, Belastungen, aber auch ihrer Einstellungen zur Pandemie von denjenigen unterscheiden, deren Einkommenssituation sich infolge der Corona-Krise nicht verschlechtert hat.⁴

Der Vergleich der Befragten, die von Einkommenseinbußen betroffen waren, mit denjenigen, die keine materiellen Abstriche hinnehmen mussten, zeigt durchgehend höhere Belastungs- und Sorgenwerte für die erstgenannte Gruppe (Abbildung 1). Hervorzuheben ist, dass deren Sorgen sich nicht einzig auf die jeweilige finanzielle, wirtschaftliche Situation und die weiteren beruflichen Perspektiven beziehen, sondern zugleich auf die gesundheitliche Situation. Und mehr noch: Auch der sorgenvollere

Blick auf den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft oder die Entwicklung der sozialen Ungleichheit ist bei Befragten, die Einkommenseinbußen erlitten haben, teilweise deutlich ausgeprägter als bei Befragten ohne Einbußen.

Ebenso unterschiedlich, wenn auch nicht in gleichem Maße, fallen die Zustimmungen zu den Aussagen zu Freiheits- und Grundrechten aus. Befragte mit Einkommenseinbußen sehen in den temporären behördlichen Einschränkungen der Freiheitsrechte als Reaktion auf die Infektionsgefahr häufiger eine Bedrohung der Demokratie; sie sind häufiger in Sorge, „dass die Einschränkungen der Grundrechte nach der Krise nicht vollständig zurückgenommen werden“ und unterstützen gleichfalls häufiger die Demonstrationen und Proteste gegen die Corona-Einschränkungen. Schließlich findet sich bei ihnen auch eine etwas höhere Zustimmung zu Verschwörungsmythen als unter Befragten, die keine materiellen Einbußen hinnehmen mussten. Offensichtlich wird, dass sich diejenigen,

4 In diesem Analyseschritt untersuchen wir der Einfachheit halber lediglich, ob die Befragten im Zuge der bisherigen Pandemie Einkommenseinbußen hinnehmen mussten. Die Unterscheidung, zu welchem Zeitpunkt Einkommensverluste eingetreten sind, wird hier nicht berücksichtigt.

die individuell negative ökonomischen Krisenfolgen erlitten haben, auch in ihrem Blick auf die Gesellschaft als Ganzes von denjenigen ohne Einbußen unterscheiden – und zwar indem sie sich deutlich sorgenvoller bis hin zu demokratiekritischer äußern. Dieses Zusammenspiel von ungleich verteilten Lasten, größeren Sorgen und demokratiekritischen Einstellungen lässt auf eine gesellschaftlich problematische Entwicklung schließen.

7 Fazit und Diskussion

Ausgangspunkt unserer Analyse war die Frage, ob die Corona-Krise die soziale Ungleichheit verschärft. Die Befunde zeigen, dass Personen, die während der Krise Gehaltseinbußen hinnehmen mussten, stärker unter der Krise leiden. Sie fühlen sich durch die Krise doppelt so häufig „stark“ oder „äußerst stark“ belastet und sie machen sich häufiger Sorgen: nicht nur hinsichtlich der individuellen Situation, sondern auch mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt und die Entwicklung der sozialen Gerechtigkeit. Individuelle Gehaltsverluste wirken somit nicht nur auf die Wahrnehmung der eigenen (finanziellen) Lage zurück, sondern sie stehen auch im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung wie auch die Einschätzung der Legitimität staatlichen Handelns in der Krise – vermutlich besonders dann, wenn die Verteilung der damit verbundenen Last als ungerecht wahrgenommen wird. Dies zeigt sich insbesondere bei der kritischeren Haltung von Personen mit Gehaltsverlusten zu den politischen Maßnahmen zur Krisenbewältigung.

Unsere Analysen haben gezeigt, dass die Branchenzugehörigkeit erwartungsgemäß einen großen Einfluss darauf hat, ob krisenbedingte Gehaltseinbußen auftreten. Vor allem Personen, die im Gastgewerbe arbeiten, mussten auf ihr Einkommen oder Teile davon verzichten. Von der Krise ist somit vor allem eine Branche betroffen, in der der Anteil von Niedriglöhnen besonders groß ist. Ebenso mussten Personen in Kurzarbeit besonders häufig, und auch häufiger als selbstständige Personen, Einkommenseinbußen hinnehmen. Zudem fällt auf, dass ohnehin schon prekär und/oder befristet Beschäftigte und solche mit niedrigem Einkommen besonders häufig Gehaltseinbußen zu verkraften hatten. Hier zeigt sich, wie die Krise somit bereits bestehende soziale Ungleichheiten verschärft, da sie vor allem jene trifft, die auch vor der Krise über eher geringe Ressourcen verfügten. Besonders auffällig ist, dass auch Menschen mit Migrationshintergrund – und zwar unabhängig von anderen möglichen Erklärungsfaktoren wie einer möglichen geringeren Qualifikation – häufiger auf Einkommen verzichten mussten. Möglicherweise lässt sich dies auch auf Diskriminierungsprozesse zurückführen. Ebenso sind Eltern in allen Schichten häufiger von Gehaltseinbußen betroffen.

Unsere Ergebnisse belegen somit eine Zunahme sozialer Ungleichheit, die sich im Wesentlichen entlang der Merkmale strukturiert, die auch schon vor der Krise relevant waren. Gleichzeitig funktionieren aber auch in der Krise sozialstaatliche oder tarifliche Schutzmechanismen. Erwerbstätige, deren Arbeitsverhältnis den Bestimmungen eines Tarifvertrages unterliegt, waren beispielsweise besser vor Gehaltseinbußen geschützt. Vor dem Hintergrund des Befundes, dass Gehaltseinbußen sowie die Wahrnehmung einer ungleichen Verteilung der Krisenlasten auch gesamtgesellschaftlich destabilisierend wirken können, ist es zentral, bei

weiteren Maßnahmen zur Krisenbewältigung nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die Entwicklung der sozialen Gerechtigkeit im Blick zu haben. ■

LITERATUR

- Hans-Böckler-Stiftung** (2020): Corona-Krise: 26 Prozent der Erwerbstätigen haben bereits Einkommenseinbußen erlitten, soziale Ungleichheit verschärft sich, Pressemitteilung vom 10. 7. 2020, https://www.boeckler.de/pdf/pm_wsi_2020_07_10.pdf
- Hövermann, A.** (2020): Soziale Lebenslagen, soziale Ungleichheit und Corona – Auswirkungen für Erwerbstätige. Eine Auswertung der HBS-Erwerbstätigenbefragung im April 2020. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI-Policy Brief Nr. 44, 06/2020, Düsseldorf, https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=8954
- Ifo Institut** (2020): Im Mai waren 7,3 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit, Pressemitteilung vom 2. 6. 2020, München, <https://www.ifo.de/node/55800>
- Klammer, U. / Klenner, Ch. / Lillemeier, S.** (2018): "Comparable Worth". Arbeitsbewertungen als blinder Fleck in der Ursachenanalyse des Gender Pay Gaps? Institut Arbeit und Qualifikation: IAQ-Forschung, 2018-04, Duisburg
- Kohlrausch, B.** (2018): Abstiegsängste in Deutschland. Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus. Hans-Böckler-Stiftung: Forschungsförderung Working Paper, Nr. 58, 02/2018, Düsseldorf, https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=8028
- Kohlrausch, B. / Zucco, A.** (2020): Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt. Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI-Policy Brief Nr. 40, 05/2020, Düsseldorf, https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_pb_40_2020.pdf
- Möhring, K. / Naumann, E. / Reifenscheid, M.** (2020): Mannheimer Corona-Studie: starke Ungleichheit bei Home-Office und Kurzarbeit, Presseinformation vom 8. 4. 2020, https://www.uni-mannheim.de/media/Universitaet/Dokumente/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen_2020/04_08_Moehring_Studie.pdf
- Müller, W. / Noll, H. H.** (1996): Arbeit und Sozialstruktur. MZES Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Arbeitspapiere, Arbeitsbereich I, Nr. 13, Mannheim
- Solga, H. / Berger, P. A. / Powell, J.** (2009): Soziale Ungleichheit – Kein Schnee von gestern! Eine Einführung, in: Diess. (Hrsg.): Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse, Frankfurt a. M., S. 11–26
- Statistisches Bundesamt** (2020): Anzahl der Kurzarbeiter in Deutschland, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2603/umfrage/entwicklung-des-bestands-an-kurzarbeitern>

AUTOREN

ANDREAS HÖVERMANN, Soziologe in der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung, Projekt: Soziale Lebenslagen und demokratische Integration. Arbeitsschwerpunkte: Vorurteile, rechtspopulistische Einstellungen, Survey-Befragungen.

@ andreas-hoevermann@boeckler.de

BETTINA KOHLRAUSCH, Prof. Dr., Wissenschaftliche Direktorin, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Bildungsungleichheit; soziale Ungleichheit; Effekte der Digitalisierung auf Arbeit und Qualifizierung, Wandel politischer Einstellungen, Rechtspopulismus.

@ bettina-kohlrausch@boeckler.de